



Partizipative Alterspolitik

Wird die ältere Bevölkerung verstärkt in Entscheidungsprozesse miteinbezogen, profitieren alle davon.

Text: Gabrielle Wanzenried



Mehr wissen:

Download Studie
«Gestaltung kommunaler
Alterspolitik in der
Schweiz»



* Download Studie
«Schlussbericht
Partizipation»

S 2007 hat der Bundesrat im Rahmen eines Grundlagenberichtes die Leitlinien und damit die Strategie für die Alterspolitik in der Schweiz für die Zukunft festgelegt. Die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Strategie drängte sich einerseits im Hinblick auf die demographische Entwicklung auf, aber insbesondere auch, weil sich die Alterspolitik nicht nur auf die Altersvorsorge beschränkt, sondern zahlreiche andere Politikbereiche umfasst. Dazu gehören u.a. das öffentliche Gesundheitswesen, das Wohnungswesen und die Verkehrspolitik. Hauptziele der Strategie für die Alterspolitik in der Schweiz sind, den Beitrag älterer Menschen an der Gesellschaft vermehrt anzuerkennen, für ihr Wohlbefinden zu sorgen und materielle Sicherheit zu gewähren. Zusätzlich zur wichtigen Sicherung eines angemessenen Einkommens soll die Alterspolitik

Ältere Menschen sollen nicht nur mitreden, sondern auch mitbestimmen können. Ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen sind von grossem Nutzen.

Foto: Unsplash

sowohl die gesellschaftliche Partizipation und Integration als auch die Autonomie der älteren Menschen fördern sowie die Solidarität zwischen den Generationen stärken.

Partizipation der älteren Bevölkerung als wichtiger Bestandteil

Im Bericht des Bundesrates von 2007 ist neben den vier anderen Bereichen Gesundheit und medizinische Versorgung, Wohnsituation und Mobilität, Arbeit und Übergang in den Ruhestand, wirtschaftliche Situation, das Engagement und die gesellschaftliche Partizipation explizit als selbständiger Themenbereich genannt. Entsprechend ist die Einbindung der älteren Generation in die Entscheidungsprozesse ein wichtiges Ziel der Alterspolitik. Viele SeniorInnen sind heutzutage bis ins hohe Alter aktiv, halten sich fit, verfügen über einen guten Gesundheitszustand, sind zudem informiert und verfügen über wertvolle Lebenserfahrung. Deshalb erscheint eine Partizipation nicht nur aus der Perspektive der älteren Menschen und ihrem Recht auf Selbst- bzw. Mitbestimmung legitim, sondern auch aus der Sicht der Gesellschaft stellt die ältere Generation eine wertvolle Ressource an Wissen, Lebenserfahrung und Arbeitskräftepotenzial dar.

Vermehrte Verbreitung und klarer Nutzen der Partizipation von SeniorInnen

Die Förderung der Partizipation

von SeniorInnen u.a. in der Alterspolitik ist auch ein Ziel der a+ Swiss Platform Ageing Society, welche im Auftrag der Akademien der Wissenschaften Schweiz das Ziel verfolgt, zur praktischen Umsetzung der «Global Strategy and Action Plan on Ageing and Health» der WHO in der Schweiz beizutragen. Vor diesem Hintergrund hat die Organisation eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben, um bei ihren Partnerorganisationen Informationen zu konkreten Zielen, Formen, Inhalten, Funktionen und fördernden Elementen der Partizipation zu erhalten*. Gemäss der Studie bestehen in knapp drei Vierteln der befragten Partnerorganisationen Partizipationsmöglichkeiten für SeniorInnen, und je nach der Rolle, welche die älteren Menschen bei der jeweiligen Organisation wahrnehmen, ist ihre Partizipation eher aktiv oder passiv. Der Einbezug der älteren Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse stiftet auch vielfältigen Nutzen. So nennen die Organisationen die Sensibilisierung, den Kontakt mit der Zielgruppe und den Einblick in die Bedürfnisse und Interessen der SeniorInnen.

Handlungsempfehlungen und Ausblick

Partizipationsmöglichkeiten der älteren Bevölkerung sind vielerorts vorhanden, jedoch beschränken sich diese oft auf eine passive Rolle, indem es um die Anhörung und bestenfalls Mitsprache der SeniorInnen geht, jedoch ist viel öfters noch eine Mitbestimmung anzustreben. Eine wichtige Voraussetzung für eine aus allen Perspektiven fruchtbare Partizipationspolitik ist die institutionelle

Verankerung der Partizipation innerhalb der Organisation oder der Behörde, so z.B. im Rahmen der Statuten, der Organisationsreglemente oder von Leistungsvereinbarungen. Weiter braucht es genügend finanzielle und personelle Ressourcen und diesbezüglich zusätzlich das notwendige methodische Knowhow für professionelle Begleitung und Unterstützung von SeniorInnen. Die Partizipationsgremien müssen zudem genügend divers sein, gerade auch im Hinblick auf das ökonomische, soziale und kulturelle Kapital, so z.B. auch ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen umfassen. Hierzu muss sichergestellt werden, dass die potenziellen Teilnehmenden von den Partizipationsmöglichkeiten Kenntnis haben. Entsprechend kommt auch der Kommunikation eine bedeutende Rolle zu.

Die ältere Generation verdient, aktiv in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden. Zusätzlich stellt sie eine wertvolle Ressource dar. Gerade auch in der Schweiz als Demokratie besteht hierzu noch einiges Potenzial, welches zum Wohle aller künftig noch viel besser genutzt werden kann. ■



Gabrielle Wanzenried

Prof. Dr., Ordentliche Fachhochschulprofessorin an der Haute Ecole d'Ingénierie et de Gestion du Canton de Vaud, Hochschule Westschweiz HES-SO.

✉ gabrielle.wanzenried@heig-vd.ch